

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 99 (2019)

Heft: 1066

Vorwort: Editorial

Autor: Wiederstein, Michael

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

«Die von den europäischen Protestparteien beklagten Souveränitätsverluste sind nicht eingebildet.»

Politikwissenschaftler Philip Manow auf S. 60 dieser Ausgabe



Michael
Wiederstein
Chefredaktor

Sein Buch «Die politische Ökonomie des Populismus» (Suhrkamp) katapultierte Philip Manow zum Ende des letzten Jahres im Handumdrehen in die Liga der meistdiskutierten Politikwissenschafter Deutschlands. Der Bremer Professor wies nach, dass viele populäre Thesen zum Aufstieg so unterschiedlicher europäischer Populisten wie Salvini, Tsipras, Höcke und Co. in der Realität kaum überprüfbar sind – und wo doch: sich oft als unzureichend oder falsch herausstellen. Die Wähler populistischer Protestparteien sind in aller Regel eben nicht nur «Rassisten», «Verlierer» oder einfach blöde, der Grund für ihren Protest liegt tiefer – und zwar in den spezifischen politischen Ökonomien einzelner Nationalstaaten und ihren Reaktionen auf heftige exogene Schocks (Globalisierung, Migration usw.).

So erklärt sich, warum in einigen Ländern die Linkspopulisten erfolgreich sind, in anderen aber die Rechtspopulisten: Europas wirtschaftlich erfolgreicher Norden wählt Manow zufolge u.a. deshalb rechtspopulistisch, weil die dortigen Sozialstaaten generös sind, aber auch besonders anfällig für den Migrationsdruck «offener» Grenzen. Der Süden wählt linkspopulistisch, weil den dortigen nachfragegetriebenen Ökonomien seit der Euro-Einführung die fiskalpolitischen Umverteilungsmittel fehlen. Im grossen Interview ab S. 58 konstatiert Manow ergänzend zu seinem Buch, dass diese und weitere Souveränitätsverluste unter dem einen Dach der Europäischen Union zwar je nach Ort sehr unterschiedliche Effekte zeitigen, aber eben keine Einbildungen «Abgehänger» sind, und schon gar nicht politisch «alternativlos». Es ist andersherum: Weil etwas dran ist, wird das Schlagwort «Souveränität» zur stabilen Brücke, über die linke und rechte Vereinfacher Hand in Hand (und scharenweise) in die Parlamente schreiten. Zugunsten einer protektionistischen Politik verdrängen sie dort auch liberale Kräfte, die sich allzu oft nur überlegen, wem sie sich zwecks Machterhalts nun andienen sollten. Die liberale Alternative ist aber nicht «links» oder «rechts», wie unser Dossier ab S. 48 erläutert, sondern die subsidiäre Opposition zu mondialistischen und nationalistischen Ideologien! Tatsächlich gibt es viele gute Gründe für überstaatliche Lösungen, sofern die entsprechenden Institutionen zweckgebunden agieren und sich nicht ihrer demokratischen Legitimationspflicht entziehen. Unglaublich wird jede Politik, die Problemlösungen stets weiter nach oben schaufelt, um dann später mit dem Finger auf angehäufte Trümmerberge zu zeigen. Liberale sollten sich folglich sowohl von souveränistischen wie mondialistischen Ideologien emanzipieren und zusehen, dass der föderale Motor zwischen den vermeintlichen Polen wieder zum Laufen kommt, auch in der EU. Denn: Überlässt man die Arbeit im wichtigsten Maschinenraum des Kontinents den Populisten, wird er entweder überhitzen (Macron) oder zerschlagen (Orbán).

Es braucht endlich eine ehrliche und öffentliche Auseinandersetzung darüber, welche Politikbereiche auf überstaatlicher Ebene und welche (wieder) dem traditionell protektionistischen Nationalstaat – die Schweiz ist hier, das vergessen wir gern, nur bedingt eine Ausnahme – überlassen sein müssen. Wir starten sie in dieser Ausgabe mit prominenten Wortmeldungen! ↗